

gleichgewicht zu sichern. Die Gesamtheit der durch die jetzt erlassenen Notverordnungen ergreifenden Maßnahmen werde dazu dienen,

eine Währungsabwertung zu verhüten, die verhängnisvoll sein würde. Die Regierung verkenne nicht das gewaltige Opfer, das sie von der Gesamtheit des französischen Volkes fordert, aber sie sei von der Wirklichkeit der von ihr verordneten Maßnahmen überzeugt. Das Gesamtwert der Notverordnungen werde das Erbe und die Freiheit der Nation sichern.

Über

#### die Rückwirkung dieser Maßnahmen,

die einen so einschneidenden Charakter tragen, wie man sie in Frankreich seit den Zeiten der Frontenstabilisierung 1926 nicht erlebt hat, läßt sich nur sagen, daß erhebliche Widerstandversuche aus verschiedenen Richtungen eintreten werden. Schon jetzt nimmt der oberste Gewerkschaftsvorstand scharf gegen die Notverordnungen Stellung und spricht sich gegen eine Deflationsspolitik aus, die nur eine Verschärfung der Krise und eine Verwaltung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben könnte.

Die Kommunisten und die Sozialisten halten die Stunde für gekommen, die Massen gegen die Regierung mobil zu machen.

„Die Regierung Laval ist gegen die Nation“, schreibt der sozialistische „Populaire“, und verurteilt aufschärfend die Deflationmaßnahmen der Regierung. Er glaubt außerdem feststellen zu können, daß das Kapital nicht genügend zu den Opfern herangezogen werde. Die kommunistische „Humanité“ ruft: „Neben mit den Elendsverordnungen! Die Reichen werden vielleicht auf ein Vergnügen mehr verzichten müssen, die Armen aber auf ein Stück Brot.“

Der Verbund der Frontkämpfer hat sich mit der Haltung gegenüber den Gesetzesverordnungen beschäftigt. Die Frontkämpfer haben den Ministerpräsidenten in den letzten Tagen wissen lassen, daß sie selbst zu gewissen Opfern bereit seien, daß sie aber keine Abstriche an den Beilagen der Kriegsopfer dulden würden.

#### Laval über die Sparmaßnahmen.

Ministerpräsident Laval verfasste im Rundfunk eine kurze Erklärung. Unter Bezugnahme auf den Hebelbeitrag im Staatshaushalt, im Haushalt der Eisenbahnen und auf die Finanzlage der Gemeinden, die vielfach noch schlechter sei als die des Staates, sowie auf das

Steuern der öffentlichen Schuld innerhalb von fünf Jahren von 260 auf 340 Milliarden Franken

als Auswirkung der bisher betriebenen ständigen Anteilepolitik erläuterte der Ministerpräsident: Wenn sich die Regierung ihrer Pflicht entzogen hätte, hätte sie Frankreich dem Zusammenbruch entgegengestellt. Die Verleidiger der Abwertung versichern, daß Frankreich seine Währung bereits um vier Fünftel abgewertet habe, und die Befürworter der Einigung wollten im Grunde Falschgeld ausgeben. Die Zahl und die Wichtigkeit der Verordnungen beweise, daß die Regierung entschlossen sei, die völlige wirtschaftliche Gefundung durchzuführen. Die Festigkeit der französischen Währung, die Sicherheit der Finanzen Frankreich und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern würden ihm, Laval, das Ansehen verleihen, das er braucht, um im Namen Frankreichs bei den internationalen Verhandlungen sprechen zu können.

#### Straßenkundgebungen verboten.

Die französische Regierung hat im Ministerrat beschlossen, jede Kundgebung auf der Straße zu verbieten, um in Ruhe die Maßnahmen zur Verteidigung des Franc und zur Wiedergewinnung der Wirtschaft weiter zu verfolgen. Der Innenminister hat diesen Beschluss den Präfekten zur Kenntnis gebracht und sie aufgefordert, für die genaue Einhaltung dieses Verbotes zu sorgen.

#### Adolf-Hitler-Marsch der Hitler-Jugend.

Zum diesjährigen Reichsparteitag veranstaltet die Hitler-Jugend einen großen Befreiungs- und Propagandmarsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der gesamten deutschen Jugend und den Leistungswillen der jungen Generation eindrucksvoll bezeugen soll: den Adolf-Hitler-Marsch. Aus allen Gebieten der HJ marschieren Marschverbände mit sämtlichen Fahnen auf vorgesiebener Marschstrecke nach Nürnberg. Am Tage der Eröffnung des Parteitages, am 10. September, treffen die Formationen in der Stadt der Parteitage ein und werden dort zu einer großen HJ-Fahnen-einheit zusammengestellt.

Aus den Standorten der 25 Gebiete der HJ marschieren die für den Adolf-Hitler-Marsch zusammengestellten Marschformationen in einer Stärke von etwa 50 bis 100 Hitler-Jungen und Führern je nach der Länge des zurückzulegenden Weges, Ende Juli bis Anfang September ab. Die Abordnung des Gebiets Orléans hat nahezu 800 Kilometer zurückzulegen, die Gesamtmarschstrecke aller Gebiete beläuft sich auf 10 500 Kilometer, also mehr als ein Viertel des Erdumfangs.

Die Fahnenabordnungen der Gebiete marschieren in voller Ausführung.

Jede Einheit führt einen Bagagewagen mit, in dem außer dem Dauerprovisorium für die anhängende Feldküche eine Tragbarre untergebracht ist. Die Einheit hat außerdem ein Motorrad mit Beiwagen zur Verfügung, das die Verbindung zwischen der marschierenden Kolonne und dem vorausfahrenden Bagagewagen herstellt.

Die Verpflegung erfolgt meist am Abend im Quartier, während der einzelne sich am Tage aus dem mitgebrachten Mundvorrat versorgt.

Bei gesundheitlichen Sicherung begleitet jede marschierende Einheit ein approbiertes HJ-Arzt, der von zwei oder drei Feldscheren unterstützt wird.

Im Laufe des 10. September treffen die Abordnungen aller Gebiete in Nürnberg ein. Die 341 Fahnen mit den 1500 Begleitern werden zur HJ-Fahneneinheit zusammengeführt und zur Besichtigung durch den Reichsjugendführer und zum Vorbeimarsch am Führer einheitlich ausgerichtet.

Nach dem Eintreffen der insgesamt 45 000 Hitler-Jungen am 13. September treten die am Adolf-Hitler-Marsch beteiligten Fahnenabordnungen zu ihren Gebieten und feiern auch mit diesen im Sonderzug in ihre Heimat zurück.

## Die Memelsfrage vor dem Unterhaus.

Englands Außenminister hofft auf Besserung.

Der Abgeordnete Gove fragte in der Mittwochssitzung des englischen Unterhauses, ob irgendwelche Schritte getan worden seien, um die Lage im Memelgebiet zu regeln. Außenminister Hoare erwiderte, daß die britische Regierung mit der französischen und italienischen Regierung hierüber in Verbindung gestanden habe. Die Dinge seien jetzt sowohl fortgeschritten, daß man auf eine Besserung der Lage hoffen könne.

Auf eine weitere Anfrage teilte Außenminister Hoare mit, daß sich die Delegation für die Völkerbunderversammlung wie folgt zusammensetze: Außenminister Sir Samuel Hoare, Völkerbundminister Edward, parlamentarischer Handelssekretär Dr. Burgin, parlamentarischer Staatssekretär für Landwirtschaft Carl de la Warre, Viscount Grandourne, Sir Graves und der Rechtsberater des Foreign Office, des englischen Auswärtigen Amtes, Sir William Mallin.

Auf die Frage des Abgeordneten Wilmot, ob das deutsch-englische Abkommen nunmehr bindend in Kraft getreten sei

und wann es beim Völkerbundrat registriert worden sei, erwiderte Hoare, daß das Abkommen am 18. Juni unterzeichnet worden sei und gemäß den Bestimmungen des Notenmeßtes von diesem Tage an in Kraft sei. Beim Völkerbund sei es am 12. Juli registriert worden.

Auf die Frage des Abgeordneten Mandeville, ob der Völkerbund beabsichtige, neutrale Beobachter an die italienisch-ägyptische Grenze zu senden, erwiderte Hoare, daß der Völkerbund zweifellos diese Frage erörtern werde. Er könne jedoch im voraus nicht erklären, welche Haltung die britische Regierung ein-

nehmen werde. Auf eine andere Frage, ob Verhandlungen der Briten mit den Arabern im Sudan erforderlich gewesen seien, erklärte Hoare, daß das bisher nicht notwendig gewesen sei, daß aber die Angelegenheit genau beobachtet werde. Unter den Einwohnern sei keinerlei Unruhe zu bemerken.

Auf eine Frage nach dem

Zweck des Besuchs Titulescus, erwiderte Hoare, daß die Besprechungen mit Titulescu informell und vertraulich gewesen seien. Er könne daher nicht mehr erläutern, als daß Titulescu die Gelegenheit benutzt habe, um seine Ansichten über die europäische Lage auseinanderzusetzen. Goss wollte darauf wissen, ob Titulescu der britischen Regierung mitgeteilt habe, daß die Balkanstaaten äußerst betrübt seien über die Annahme an Auseinan der, daß der „Naziregierung“ durch den Abschluß des Flottenabkommens gegeben worden sei.

Hoare erwiderte, er habe nicht die Absicht, irgendwelche weiteren Mitteilungen über die Besprechungen zu machen.

Goss fragte weiter, ob die britische Regierung von den verschiedenen

Stadien der französisch-russischen Verhandlungen über einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterrichtet worden sei, ob um den britischen Ansichten zu entsprechen, Änderungen an dem Originalvertrag gemacht worden seien und ob die Regierung vor seiner Unterzeichnung irgendwelchen Widerspruch gegen den Pakt in der endgültigen Form erhoben habe. Hoare erwiderte, daß die britische Regierung im allgemeinen über den Fortschritt der Verhandlungen informiert worden sei. Die zweite und dritte Frage müsse er jedoch vernehmen.

ten, Dörfern, Regimentern sprechen. Vielleicht gibt es nur einen gemeinsamen Punkt, den gegen die geheimen und wirtschaftlichen Interessen des Krieges ...“

Auch der Berliner Berichterstatter der Madrider Zeitung ABC gibt in einem längeren Artikel seine Eindrücke von dem Empfang der englischen Frontsoldaten wieder und findet beeindruckende Worte über die eindringlichen Kameradschaftsweise der alten Frontkämpfer. Der Besuch der Engländer in Deutschland habe eine neue Atmosphäre, die einmal zu Krieg und Weltkrieg überlebt wurde. Deutschland sei, so schreibt der Berichterstatter seine Ausführungen, seit dem Abschluß des Flottenabkommens mit England das wichtigste Land Europas. Bei Hitler liege die Achse der europäischen Politik.

## Stahlhelm im Kreise Dessau-Röthen aufgelöst.

Der Reichskommissar in Braunschweig und Anhalt hat mit sofortiger Wirkung die Auflösung sämtlicher Stahlhelmsparteigruppen des Kreises Dessau-Röthen wegen Widerstrebens gegen die von ihm getroffenen Maßnahmen angeordnet.

für Lebensblumen statt. An den Veranstaltungen der Holzabfalltagen nehmen auch 22 Angehörige des kleinen Turnvereins teil. Die ersten von ihnen sind bereits heute mittag nach Leipzig abgezogen; weitere fahren morgen und der Rest am Sonnabend früh. Die Wilsdruffer Turner und Turnerinnen befinden damit in erfreulicher Majestät den Willen zur Gemeinschaft und werden neue Kraft aus den Stunden feierlicher Hochstimmung in Leipzig mitbringen für ihre weitere Arbeit.

Zurzeit reist das Vereinsbüro sowohl im Garten, als auch dasjenige draußen im Walde. Für die Jugend beginnt damit eine fröhliche Zeit, die man ihr auch, wenn irgend möglich, nicht versperren soll. Denn wenn auch durch ein gelegentliches Jubiläum des Guten sich hier und da eine kleine Magenverstimmung oder ein Durststarrer einstellen, so ist das keine so ungünstige Angelegenheit, als befürchtete Mütter daraus zu machen gewohnt sind. Bei etwas böhmer Lebensweise an den nächsten beiden Tagen ist der kleine Schaden bald wieder behoben. Andererseits ist aber der gesundheitliche Nutzen eines ausgiebigen Beertengenusses nicht zu unterschätzen, denn die in den Beeten enthaltenen Krautslüsse wirkt in jedem Grade blutverdünnernd. Auch die Hausfrau weiß deshalb den Wert des Beertengutes für ihre Tafel wohl zu schätzen und ist gegenwärtig eifrig mit Einschlüssen beschäftigt. Wird auch der Kreis ihrer täglichen Pflichten dadurch noch weiter ausgenutzt, so kommt diese Reduzierung ihr doch im Herbst und Winter wieder zu gute, wenn sie aus wohlfüllter Speisefüllung ein volles Glas nach dem anderen herausholen kann. Also frisch an die Arbeit, liebe Vereinten, der Erfolg wird's loben!

Einheitskrantenschein. Im Krantenfassbene ist der 1. Juli ein äußerst wichtiger Termin geworden, da an ihm die Bestimmungen des Erlasses des Reichsarbeiterschirms vom 18. Januar dieses Jahres in Kraft getreten sind. Auf Grund dieses Erlasses haben vom 1. Juli ab alle Krantenkolonnen einheitliche Krantenscheine für Versicherer und ihre Familienangehörigen zu verwenden. Besonders wichtig ist, daß diese neuen Krantenscheine für die Versicherer selbst wie für ihre Familienangehörigen jetzt mit einer dreimonatigen Gültigkeit, gerechnet vom Tage der Ausstellung, ausgestattigen sind. Solche Krantenscheine dürfen aber nur vom Arbeitgeber an solche Personen ausgegeben werden, die tatsächlich noch in Beschäftigung stehen, während in allen anderen Fällen die Antragsteller an diejenige Verwaltungsstelle der Postleitstelle verweisen werden müssen, die für den Wohnsitz des Antragstellers zuständig ist.

## Radfahrer, wählt Fahrdisziplin!

Der Reichs- und preußische Verkehrsminister veröffentlicht im Reichsverkehrsblatt einen Warnungserlass für Radfahrer, in dem er ausführt, daß die seit langem erhobenen Klagen über mangelnde Fahrdisziplin der Radfahrer nicht verfließen. Da die Berechtigung zu den Klagen nicht abweichen kann, wird morgen abends mit ernstem Nachdruck wie folgt an die radfahrenden Volksschwestern: Ordnet euch in den Verkehr, so wie es verständig ist! Beachtet die Reichsstraßenverordnung! Haltet euch eure Verantwortung der Verkehrsgemeinschaft gegenüber vor Augen! Fahrt diszipliniert! So würde es bedauern, wenn auch diese Maßnahme fruchtlos und ich dann genötigt wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die sich in erster Linie an euren Geldbeutel auswirken würden.